

Globale Soziale Rechte, da muss jedes Wort je für sich betont werden und hat seine eigene Bedeutung.

Zum einen geht es um eine globale Sicht. Menschenrechte gelten universell und für alle. Da kann niemand außen vor gedacht werden, ohne die ganze Idee zu zerstören. Eine Beseitigung von Armut kann höchstens aus alltagspraktischen Gründen an einem Ort, in einem Land der Welt anfangen, bliebe sie dabei stehen, wäre das menschenrechtlich nicht zu rechtfertigen. Völlig unakzeptabel sind die Strukturen von Ausbeutung und Ungleichheit, wie sie weltweit das Wohlstandsgefälle prägen, niemand darf es auf Kosten von anderen gut gehen. Aber Armut ist keinesfalls ausschließlich eine Frage der Menschenrechte. Auch ökonomisch gibt es zu einer globalen Sicht gar keine Alternative, da die Strukturen, die Armut hervorbringen, aus dem globalen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus resultieren und deshalb auch auf dieser Ebene angepackt und gelöst werden müssen.

„Sozial“ meint nicht klassische Sozialpolitik, sondern Gesellschaftlichkeit schlechthin. Es geht nicht um bloße Interessen einer armen und unterprivilegierten Klientel, sondern darum, insgesamt eine Gesellschaft zu denken, die aus anderen Quellen entsteht als dem faktischen Zwang zur Erwerbsarbeit zwecks Erzielung eines Einkommens. Eine solche Gesellschaft aus freier Übereinstimmung der in ihr Lebenden muss alle gemeinsam mitdenken und auch jede und jeden einzelnen.

Und schließlich geht es um Rechte. Die Teilhabe an der Gesellschaft und ihrem Reichtum soll einklagbar sein, sicher und durchsetzbar.

In diesem Sinne hat attac sich an einem Projekt während der Mobilisierung zum vergangenen G8-Gipfel beteiligt, das fortgesetzt und ausgebaut wird. Wir haben gemeinsam mit der Grundsatzabteilung der IG Metall, Kein Mensch ist illegal, medico international und FIAN beraten, wie solche Globalen Sozialen Rechte aussehen, was sie umfassen und wie sie durchgesetzt werden könnten. So ungewöhnlich wie die Zusammensetzung von Bündnispartnern war auch das Projekt: Wir haben mit gut 120 Leuten eine Tagesveranstaltung gemacht, so dass alle Anwesenden sich zwei Drittel der Zeit etwas anhören mussten, womit sie sich normalerweise nicht beschäftigen, nämlich die Bedürfnisse und Anliegen der jeweils Anderen.

Das war nicht leicht und stellte alle vor widersprüchliche Fragen und Sichtweisen. Wäre eine bedingungslose Bargeldzahlung an alle in Ländern des Südens ein Einstieg in die Durchsetzung eines unbedingten Rechts auf Teilhabe oder ginge es dabei lediglich darum, das Existenzminimum zu sichern? Wie kann damit umgegangen werden, dass Belegschaften in allen Betrieben versuchen, ihre Standards (und ihre Standorte) zu verteidigen oder auszubauen, während MigrantInnen darauf angewiesen sind, genau diese zu unterlaufen, wenn sie überhaupt Erwerbsarbeit und Einkommen erzielen wollen? Das gilt ganz besonders, wenn sie illegalisiert werden. Und nun ist auch noch Greenpeace zu unserem Bündnis gestoßen und das Ganze wird noch komplizierter: Ist die Durchsetzung ökologischer Nachhaltigkeit tatsächlich so dringlich, dass dabei soziale Gerechtigkeit nicht immer gewahrt werden kann und stattdessen Lasten verteilt werden müssen?

Wenn wir wirklich ein Projekt von globaler und menschenrechtlicher Dimension entwickeln wollen, dann dürfen diese Fragen nicht zu schnell beantwortet und müssen die Widersprüche ausgehalten werden. Wir werden in den nächsten Monaten eine Veranstaltungsserie genau dazu machen und versuchen, diese Fragen in möglichst viele Städte zu tragen.